

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Koblen & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: E. G. S. Dresden  
Koblen & Comp., Dresden  
Verleger: E. G. S. Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art ist es auch ohne schriftliche Anzeigenschein, bei der Bezugsstelle der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., jährlich 4,80 M. (einschließlich Porto). Einzelnummern 10 Pf.

Druckerei: Druckerei des Verlegers, Dresden, Poststraße 10. Telefon Nr. 1208.

Abonnementpreis: Grundpreis, die 30 mm breite Monatszeitung 30 Pf., die 30 mm breite Wochenzeitung 200 Pf., für ausländische Abonnenten 40 Pf. und 250 Pf. (einschließlich Porto). Einzelnummern 10 Pf.

Nr. 284

Dresden, Donnerstag den 6. Dezember 1928

39. Jahrg.

## Anfang zum Einheitsstaat

Die Lösung der Groß-Hamburg-Frage

Von Senator Richard Berner, Hamburg

In diesen Tagen wird im Hamburger Rathaus das Protokoll unterzeichnet, durch das die hamburgische und preussische Staatsregierung sich verpflichten, eine Reihe von Aufgaben, die ihnen im Hamburger Wirtschaftsgebiet obliegen, künftig gemeinschaftlich zu bewerkstelligen. Die Bedeutung dieses Vorgangs wird dadurch unterstrichen, daß der preussische Ministerpräsident persönlich bei der Unterzeichnung des Protokolls anwesend ist und am 1. Akt der Verhandlungen, die seit mehreren Wochen in der Stille geführt worden sind, selbst teilnimmt. Es handelt sich in der Tat um mehr als um die Vereinigung einiger Einzelfragen, wie sie auch anderwärts zwischen Nachbarstaaten der Nachbarstädte vorkommen mögen. Die sogenannte Groß-Hamburg-Frage war seit dem Scheitern der Verhandlungen im vorigen Jahre auf ein lodes Eis geraten. Künftig wird es, im Wege des Gebietsaustausches, wie ihn zuletzt das Dreis-Meidersee-Gutachten vorgeschlagen hatte, zu einer Verständigung zu kommen. Es geht nun noch einen Ausweg, der sich etwa so andeuten ließe, daß man handeln muß, als ob Grenzpflichten zwischen Hamburg und seinen preussischen Nachbargemeinden überhaupt nicht mehr existierten. Von diesen Gedanken geleitet, wurden vor einigen Wochen neue Verhandlungen zwischen einigen Mitgliedern des Hamburgischen Senats und Beauftragten der preussischen Regierung eingeleitet, die jetzt zu einem bestimmten Ergebnis geführt haben, das durch einen feierlichen Staatsakt bekräftigt werden soll.

Im Mittelpunkt des Vertragswerkes steht die Frage der Vereinigung der beiden Gebiete. Schon bei den Verhandlungen über einen etwaigen Gebietsaustausch zwischen Hamburg und Preußen hat der Ministerpräsident Otto Braun erklärt, er habe auf dem Standpunkt, daß man Hamburg im wesentlichen wie im deutschen Interesse das gewähren müsse, was es zum Ausbau seines Hafens unbedingt nötig habe, nicht allerdings nicht, und auch dieser Ausbau des Hafens muß nicht unbedingt mit Gebietsabtretung oder mit Gebietsverlust verbunden sein, es werde sich eine andere Lösung finden lassen.

Diese Lösung scheint nun gefunden zu sein. Das auf preussischer Seite, von Hamburg und Wilhelmshafen her, an neuen Hafenbauten in Angriff genommen ist, und was auf hamburgischer Seite, als Ausbau des Hafens, im Vordergrund steht, soll unter einheitliche gemeinschaftliche Bau- und Betriebsverwaltung gestellt werden, damit ein Gegeneinanderarbeiten und unnütze Kräfteverwendung vermieden wird. Ueber die Kostenverteilung ist eine Vereinbarung getroffen, die neben einer Erhöhung der Hafenbaukosten die Zahlung von Ausgleichssummen

vorzieht. Für die Bewirtschaftung der Wasserstraßen sind ebenfalls Vereinbarungen getroffen, durch die Zwischenschiffungen vermieden werden sollen, wie sie noch zuletzt vor einigen Wochen ein Schiffsunglück auf der Elbe herbeigeführt hat. Auch der Verkehr auf dem Lande wird durch die neuen Verträge einheitlich geregelt. Bisher war es so, daß die Hamburg-Schnellbahnen nicht über das hamburgische Staatsgebiet hinausgeführt wurden, während umgekehrt die von preussischen Gemeinden eingerichteten Autobuslinien ihre Fahrten nicht nach Hamburg hinein ausdehnen konnten. Mit diesen Rücksichtigkeiten wird jetzt aufgeräumt; der Ausbau des Verkehrsnetzes soll gemeinschaftlich für das ganze Wirtschaftsgebiet erfolgen.

Neben diesen Hafen- und Verkehrsfragen ist noch wichtig, daß auch für die Siedlungspläne eine Arbeitsgemeinschaft gegründet und damit die Möglichkeit geschaffen wird, die stetig wachsende Bevölkerung in der Nähe der Arbeitsstätten unterzubringen. Bisher litt die werktätige Bevölkerung Hamburgs besonders darunter, daß sie stundenweite Wege zur Hauptarbeitsstätte, dem Hafen, zurücklegen hatte, weil in unmittelbarer Nähe des Hafens seit dem Zollausschlag und der dadurch bedingten Citybildung Arbeiterwohnungen kaum noch hergestellt wurden. Jetzt wird man darangehen können, auf dem noch unbedauerten preussischen Gelände, südlich vom Hafen, gesunde Wohnplätze für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen.

Im Vergleich zu den ausschweifenden Plänen, die vor zehn Jahren und auch etwas später noch im Zeichen der sogenannten Groß-Hamburg-Frage verfolgt wurden, mag das, was jetzt erreicht wurde, recht nüchtern und gering erscheinen. In Wirklichkeit bedeutet es unendlich viel und darf ohne Übertreibung als ein Wendepunkt in der geschichtlichen Entwicklung des Unterelbgebietes bezeichnet werden. Gibt es doch die Gewähr dafür, daß auf diesem engen Raum nicht mehr ein nutzloser Konkurrenzkampf zwischen Hamburg und seinen preussischen Nachbarn ausgefochten, sondern unter Zusammenfassung aller Kräfte das größte Aus- und Eingangstor Deutschlands zum Weltmarkt in den Stand gesetzt wird, den Anforderungen der Zukunft und dem immer härter werdenden Konkurrenzkampf mit ausländischen Welthäfen gewachsen zu sein. Das Verdienst am Zustandekommen dieses Vertragswerkes gebührt in erster Linie dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und seinen technischen Beratern, auf der anderen Seite aber, ebenso der Vereinfachung des Hamburger Senats, unter allen Umständen zu einer Verständigung mit Preußen zu kommen und damit ein Beispiel für die Überwindung der innerdeutschen Zwietscherei zu geben.

## Oesterreichs Staatspräsident Miklas

A. Wien, 5. Dezember (Eigener Drahtbericht).

Am Mittwochabend wurde der Präsident des österreichischen Nationalrats Wilhelm Miklas im dritten Wahlgang mit 94 Stimmen bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten zum Staatspräsidenten der österreichischen Republik gewählt. Auf den Vizepräsidenten Schöber ernannten die Nationalräte Miklas ist auf vier Jahre gewählt.

Im ersten Wahlgang trugen die Christlichsozialen für Miklas, die Sozialdemokraten für den ersten Staatskanzler der Republik, Dr. Renner, und die Landvolksparteien für den Vizepräsidenten von Wien, Johann Schöber, die verfassungsmäßig vorgeschriebene absolute Mehrheit wurde für keinen Kandidaten erreicht, so daß nachmittags um 6 Uhr ein zweiter Wahlgang erfolgte, der ebenfalls ergebnislos verlief. Die Sozialdemokraten beantragte eine Unterbrechung der Bunderversammlung um 1/2 Stunde, um schließlich in ihrer Fraktionsversammlung, bei dem dritten Wahlgang eine Zustimmung abzugeben, um die Wahl des bei der Wiener Bunderversammlung wegen der Antisemitik im vorigen Jahre verurteilten Vizepräsidenten Schöber unter allen Umständen zu verhindern. Der dritte Wahlgang führte dazu durch die Enthaltung der Sozialdemokraten zur Wahl von Miklas.

### Eine Erklärung der Sozialdemokraten

A. Wien, 6. Dezember (Eigener Funkdruck). Der Reichstag der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte veröffentlichte folgende Erklärung:  
Die sozialdemokratische Partei war bereit, jedem anderen der Parteien stehenden Wahlmänner, der die Lösung und die Fortsetzung aller Parteien genügt, ihre Stimme zu geben, um die Antisemitik zu verhindern. Die Großparteien und Verbände haben jedoch die provokatorische Kandidatur des Johann Schöber aufgestellt. Damit war selbstverständlich jede Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Groß-

parteien und Landwählern zur Wahl eines Reichspräsidenten gescheitert. Die sozialdemokratische Partei hätte Herrn Dr. Schöber oder jeden anderen außerhalb der Parteien stehenden freiheitlichen Ehrenmann einem Reichspräsidenten vorgezogen, aber die Sozialdemokratie zieht jeden persönlich antijüdischen Reichspräsidenten Johann Schöber vor. Daher hat der Reichstag, nachdem er in zwei Wahlgängen keine Stimme gegen ihn — sein Kandidat erhielt nur drei Stimmen weniger als der gewählte Bundespräsident — beschlossen, im dritten Wahlgang Leere Stimmzettel abzugeben und dadurch den von den Großdeutschen und Landwählern unternommenen Versuch auf die Ehre der Republik und auf den Frieden in der Republik sofort und vollkommen abzuwehren. Diese Entscheidung ist dem Reichstag um so leichter geworden, als der heute gewählte Bundespräsident unbeschadet aller politischen Gesinnungen als Präsident des Nationalrats das Vertrauen auch der sozialdemokratischen Abgeordneten erworben hat.

### Miklas ist unüberlässiger Republikaner

A. Wien, 6. Dezember (Eigener Funkdruck). Der neue Bundespräsident von Oesterreich hat als Christlich-sozialer Abgeordneter eines niederösterreichischen Wahlkreises, wo er Direktor einer höheren Schule ist, bereits dem österreichischen Parlament angehört. In der vorläufigen Nationalversammlung war er es, der am 12. November 1918 für die Christlich-sozialen Partei die Erklärung für die Republik abgab, was für diese Partei eine starke Bindung bedeutete. Seit fünf Jahren war Wilhelm Miklas Präsident der Nationalversammlung (nach unserem jetzigen Reichspräsidenten) und hat dieses Amt mit allgemeiner Anerkennung bekleidet. Als bei den Verhandlungen wegen der Reichsverfassung vor kurzem zwei sozialdemokratische Abgeordnete vorschlagend herauftraten, hat sich Präsident Miklas mit aller Energie für die Rechte des Parlamentes gegen die Regierung und ihre Vollei eingesetzt. Miklas ist katholisch-konservativ, aber seine republikanische Gesinnung und seine persönliche Ehrenhaftigkeit ist kein Zweifel.

## Im Zuchthaus des britischen Weltreichs

Ein freies Indien ist die größte Hoffnung der ganzen Menschheit. Schrader-Furtwängler.

Als vor etwas mehr als hundert Jahren, nicht zuletzt durch Pops Sanskrit-Forschung, Indien für Deutschland entdeckt wurde, war es kaum mehr als ein ästhetisches Problem und ein poetischer Vorwurf. Nicht nur sang Heine:

Komm mit nach Indien, nach dem Sonnenlande,  
Wo Amberblüten ihren Duft verbreiten,  
Die Pilgerfahrten nach dem Ganges flüchten,  
Anständig und im weichen Festgewande,

sondern auch Hegel sprach in seiner „Philosophie der Geschichte“ von dem „Wunderreich“, der „verzauberten Welt“, das Schalten und Walten der britischen Herren in diesem Märchenland nahm er als etwas Selbstverständliches hin, da es „das notwendige Schicksal der asiatischen Reiche“ sei, „den Europäern unterworfen zu sein“. Seitdem hat sich das geänderte. Heute wirkt Indien Tag für Tag nicht nur so viel politische, sondern auch so viel uns ansehende soziale Fragen auf, daß die Textilarbeiter-Internationale im November 1926 für mehrere Monate eine Studienkommission in das Land entsandte. Was sich den deutschen Teilnehmern dieser Fahrt einprägte, schildern Karl Schrader und Franz Joseph Furtwängler in einem Buch „Das werktätige Indien“, das mit vielen Photos ausgestattet, bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin erschienen ist.

In dieser lebendigen und anschaulichen Darstellung wird das Problem Indien gerade von den Seiten aus klar und durchsichtig, die für die kämpfende Arbeiterklasse Europas wichtig sind; „blutlose Registratorneutralität“ lehnt das Buch mit Zug ab. Das Land, über das „Das werktätige Indien“ Klarheit und Wahrheit zu verbreiten unternimmt, ist ein ganzer Kontinent, zehnmal größer als Deutschland. Bewohner von 319 Millionen Menschen, die rassenmäßig so unterschieden sind wie Finnen und Spanier, wie Griechen und Irländer und acht Sprachen mit über zweihundert Unterdialekten sprechen. Mit ungeheurer Macht lastet die Vergangenheit auf der indischen Gegenwart, da die scharfe Teilung in Kasten, höhere und niedrigere, bis auf diesen Tag ihre unübersteiglichen Scheidewände errichtet. Außerdem leben unterhalb der Kastenscheidung sechs Millionen Kastenlose, verachtet, gemieden, unrein. Paria; mit Recht hat Gandhi einmal gesagt, daß alles, was die englische Tyrannei über das Land bringe, von den Indern mehr als reichlich durch die Herabsetzung von ihresgleichen ins Pariaatium verdient sei.

Jede Tyrannei wird von einer winzigen Minderheit über eine ungeheure Mehrheit ausgeübt, denn in dem weichen Indien sind die 170 000 Briten nur ein Tropfen, aber wie sie die ganze Kriegs- und Verwaltungsmaschine des Landes beherrschen, finden sie auch an manchen Stellen der einheimischen Bevölkerung, nicht nur an den 675 „selbständigen“ Fürsten, Rajas und Maharadschas, sondern an den politischen Rechte in dem „Zuchthaus des Weltreichs“, wie Schrader-Furtwängler das Land nennen, die Masse der Indier beraubt, denn ein scharfer Census schließt 97 Prozent der Bevölkerung vom Wahlrecht für das Zentralparlament in Delhi aus. Wäre es anders, könnten die britischen Herren nicht so ungeheuer und ungehemmt den Indern immer wieder neue Opfer an Gut und Blut aufbürden. Allein an Pensionen für ehemalige Beamte fließen jährlich 400 Millionen Mark aus Indien nach dem „Mutterland“, und auf die Schatzkammer des Weltreichs wurde eine Million Indier als Kontraktarbeiter geworfen. Aber was diese gepreßten Kämpfer für die „britische Freiheit“ in Europa zu sehen bekamen, trug mächtig zur Revolutionierung der Geister bei. „Der fatalistische Glaube an die Unveränderlichkeit und ewige Dauer der weichen Herrschaft ist seitdem verschwunden — unübersteiglich!“ Seitdem ist die antibritische Selbständigkeitsbewegung, deren schüchternste Anfänge bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, sehr erkrankt; Gandhis Organisierung der Massen und die Zusammenballung der Unzufriedenen in der von C. M. Das gegründeten Swaraj- oder Unabhängigkeitspartei sind Hauptzeichen am Horizont.

Unter der Einwirkung des Weltkriegs entfaltete sich aber auch das indische Großgewerbe, am stärksten die Textilindustrie, die heute schon 55 Prozent des einheimischen Bedarfs befriedigt gegen 30 Prozent im Jahre 1913. Nicht minder nahmen Kohlenbergbau und Eisenindustrie erheblichen Aufschwung, so daß sich die Zahl der eigentlichen Industriearbeiter heute auf drei bis dreieinhalb Millionen beläuft. Da, was Arbeit und Lohn angeht, ihre Verhältnisse selbst für asiatische Begriffe meist jämmerlich sind, mußte nach dem Krieg der gewerkschaftliche Gedanke wachen; in 160 Organisationen schart sich ein Heubüchel aller in der Großindustrie Beschäftigten, rund 300 000, zusammen. Der Welt, der in diesen Verbänden lebt, ist der des sozialen Massenkampfes, und der Streik gehört zu ihren wesentlichen Kampfsmitteln, aber bei dem Analphabetentum der Arbeitermassen entkamen ihre Führer durchweg dem Intelligenzproletariat. Da die aus-